

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 8

Artikel: Bethmann Hollweg im Schlaglicht des deutschen Geschichts-Revisionismus
Autor: Ritter, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161374>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bethmann Hollweg im Schlaglicht des deutschen Geschichts-Revisionismus

GERHARD RITTER

Die deutsche Geschichtsschreibung ist seit der Katastrophe von 1945, ganz anders als nach 1918, eifrig bemüht, den Überschwang ihres früheren Patriotismus zu korrigieren. Galt ihr Bemühen in den zwanziger Jahren keinem anderen Thema so intensiv wie der Abwehr der vielberufenen Kriegsschuldthese von Versailles und einem vertieften Studium Bismarcks, des genialsten deutschen Diplomaten und Staatsmanns — beides gewissermaßen zur Selbstrechtfertigung des deutschen Nationalbewußtseins, das sich gegen die allgemeine Verdammung der jüngsten deutschen Vergangenheit sträubte —, so ist das heute völlig anders geworden. Damals wollte die deutsche Nation noch keineswegs endgültig auf ihre so lange gehegten und mit so ungeheuren Blutopfern verteidigten Ansprüche als europäische «Großmacht» — gleichberechtigt neben Frankreich, England und Rußland — verzichten, auch wenn sie gezwungen war, ihre Weltmachtträume von ehedem fahren zu lassen. Ihren Historikern erschien es gemeinhin als politische Pflicht, gegen die Strömungen mutloser oder doch skeptischer Resignation anzukämpfen, die in der Epoche von Weimar sich in der deutschen Bildungswelt ebenso fanden wie die Propaganda eines überhitzten, höchst militanten und blinden Nationalismus. Beiden Extremen gegenüber sollte versucht werden, in zwar kritischer, aber doch verstehender Betrachtung des deutschen Geschichtsverlaufes das deutsche Nationalbewußtsein sowohl vor Selbstüberhebung wie vor Selbstpreisgabe zu schützen. Ein Bemühen, das dann freilich in den meisten Fällen doch etwas einseitig apologetisch ausfiel.

Heute, da in einer tief veränderten Weltlage schon der Begriff der «europäischen Großmacht» fragwürdig, ja hinfällig geworden ist — und nicht nur im Rumpfdeutschland der Bonner Republik! — und da schon das Wort «Patriotismus» oder «Vaterland» der jüngsten deutschen Generation seltsam altmodisch in den Ohren klingt, heute droht die ehemals allzu apologetische Haltung der deutschen Historiker hyperkritisch, allzu einseitig «revisionistisch» zu werden. Im Rückschlag gegen die maßlose Überspannung «vaterländischer» Gefühle in der Hitlerzeit wird in der jüngeren Generation eine Art von politischem Flagellantismus zur Modeströmung, der mir auf die

Dauer nicht minder gefährlich erscheint als die Selbstgerechtigkeit von ehem. Denn der tiefe Bruch, der heute den Durchschnittsdeutschen von der Vergangenheit seines Volkes trennt, wird durch solche Geschichtsbetrachtungen nur noch vertieft statt überbrückt.

Ein Extrem in dieser Richtung ist das sehr umfängliche Buch des Hamburger Universitätsprofessors *Fritz Fischer* mit dem grellen Titel *Griff nach der Weltmacht*, das seit seinem Erscheinen in der deutschen Presse so viel Sensation gemacht und in den Köpfen seiner Leser so viel Verwirrung angerichtet hat wie schon lange keine historische Darstellung mehr¹. Fischer, ehemaliger Theologe und Schüler des Kirchenhistorikers Erich Seeberg, tritt in der politischen Historie mit dem erhobenen Zeigefinger des Moralisten auf oder auch mit der düsteren Miene des Staatsanwaltes, der aus den Akten Schuldbeweise anhäuft. Er scheint sich aber dieser Haltung gar nicht recht bewußt zu sein; denn in seinem Vorwort bekennt er sich sehr nachdrücklich zu einer verstehenden statt einer zensierenden Historie und erklärt, von einem «Sündenbock» für die verhängnisvolle Entwicklung deutscher Politik nichts wissen zu wollen. Praktisch wirkt sich das aber nur so aus, daß er offen verdammende Richtersprüche in seiner Darstellung im allgemeinen vermeidet und sich meist damit begnügt, die Geschehnisse und ihre Hintergründe so darzustellen, daß der Leser von sich aus unfehlbar zu mehr oder weniger entsetzten oder empörten Urteilen gelangt. Das alles unter Anführung so zahlloser Quellenzeugnisse aus größtenteils ungedruckten Dokumenten, die der Fachmann nur mit schwerer Mühe, der Laie überhaupt nicht nachprüfen kann, daß der Eindruck eines auf unerschütterlich solider Grundlage aufgebauten Monumentalwerkes entsteht.

In der Tat ist ein staunenswerter Fleiß in das Buch gesteckt, das eine ganze Reihe von Archiven (auch solche der Sowjetzone, die heute schon wieder schwer zugänglich geworden sind) durchmustert und unzählige Aktenbände exzerpiert hat — ein Bemühen, das als Hinweis auf bisher unbekanntes Quellenmaterial auch da dauernd verdienstlich bleibt, wo dessen Ausdeutung in die Irre geht. Aber die eigentliche Aufgabe und Leistung des Historikers besteht ja nun einmal in der Ausdeutung, in der Gestaltung seines Rohmaterials zu einem überzeugenden Geschichtsbild. Und diese Aufgabe hat das große Werk vor allem deshalb verfehlt, weil sein Verfasser sich außerstande zeigt, die übergroße Fülle des Quellenstoffes anders zu bewältigen als dadurch, daß er sich Beweise für eine sehr einfache Grundthese heraussucht, aus der das Ganze lebt. Diese Grundthese lautet: Der erste Weltkrieg ist nach Entstehung und Zielsetzung nichts anderes als ein Griff «der Deutschen» (und zwar nicht nur der extremen Nationalisten wie etwa der Alldeutschen, sondern des ganzen deutschen Volkes und seiner Regierungen) nach der Weltmacht. Er ist nur zu verstehen im Rahmen einer geschichtlichen Kontinuität, die vom Imperialis-

¹ Droste Verlag, Düsseldorf.

mus der Vorkriegszeit wenig verändert bis zu den Welteroberungsplänen Adolf Hitlers hinüberführt.

Was die deutsche Öffentlichkeit an dieser These am meisten verwirrt, ist die darin steckende Erneuerung, ja in gewissem Sinn Übertrumpfung der Kriegsschuldthese des Friedensdiktates von Versailles. Denn hier wird nicht nur, wie schon lange im Ausland üblich, behauptet (übrigens ohne Beschaffung neuen Quellenmaterials), ein kampf- und eroberungslustiger deutscher Militarismus, verkörpert vor allem im Generalstab, habe 1914 in blindem Taten-drang und Ehrgeiz die Welt in Brand gesteckt und die «Intentionen des offiziellen Deutschland» hätten sich völlig mit den bekannten abenteuerlichen Phantasien des pensionierten Generals (Fischer nennt ihn Major a. D.) Friedrich v. Bernhardt gedeckt, sondern es wird die Anklage auf die deutschen Industriekapitäne und Bankherren der Vorkriegszeit ausgedehnt. Sie sollen mit ihrer höchst aktiven Bemühung um Ausdehnung des deutschen Handels und Industriekapitals in der Welt einen «Einbruch» in fremde Interessensphären vollbracht haben, den «die andern sich unmöglich gefallen lassen konnten» und eine kriegerische Gewaltlösung direkt oder indirekt gefördert haben. Schließlich wird sogar die Friedenspolitik Bethmann Hollwegs in den letzten Vorkriegsjahren ins Militante umgedeutet. Sein bekanntes Bemühen, nach der zweiten Marokkokrise von 1911 mit England in ein besseres Verhältnis zu kommen und den weiteren Ausbau der deutschen Kriegsflotte abzubremsen (von letzterem Versuch wird allerdings nichts erwähnt), soll nur dem Zweck gedient haben, «freie Hand auf dem Kontinent zu gewinnen», um Rußland und Frankreich im geeigneten Augenblick militärisch niederzuwerfen und damit eine europäische Hegemonie Deutschlands zu begründen. Da ihm dieser günstige Moment im Juli 1914 gekommen schien, stieß er das widerstrebende Österreich-Ungarn unter Drohungen mit Aufkündigung der Freundschaft in den Krieg hinein — immer in der Illusion, die «freie Hand auf dem Kontinent» bereits zu besitzen. Und unbeirrt durch das Scheitern seiner auf Englands Neutralität gesetzten Hoffnungen hat er dann im September 1914 ein Kriegszielprogramm entwickelt, das auf eine Erkämpfung eben dieser deutschen Hegemonie, zunächst in Europa, am Ende aber in der weiten Welt, hinauslief — ein Programm, das Bethmann selbst mit erstaunlicher Zähigkeit bis zu seinem Sturz im Juli 1917 festhielt, ja noch auf seine Nachfolger vererbte.

Trotz Fischers Versicherung, er wolle «keine Sündenböcke an den Pranger stellen», ist also das überraschendste Ergebnis seiner Darstellung, daß wir Deutschen nunmehr zwei Sündenböcke jener Geschichtsepoche statt einen besitzen; denn der andere, Ludendorff, wird natürlich auch nicht geschont; nur daß er sich in seiner Politik jetzt nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch graduell von der seines gehaßten Gegners Bethmann unterscheiden soll. Was ist von alledem zu halten?

Auf den Anteil Bethmann Hollwegs an der Verantwortung für den Kriegs-

ausbruch 1914 will ich hier nur ganz kurz eingehen, da ich diesen Fragenkomplex schon mehrfach in jüngster Zeit literarisch behandelt habe². Ich bin (mit Fischer) der Meinung, daß allerdings die in den zwanziger Jahren erarbeiteten «Ergebnisse» der deutschen Kriegsschuldforschung heute einer gewissen Korrektur bedürfen und habe mich selbst ohne Schonung überkommener Vorurteile darum bemüht. Aber weder liegt der geringste Beweis dafür vor, daß Bethmann Hollweg gar nicht die Erhaltung des Friedens, sondern den Kontinentalkrieg wollte, als er 1912—1914 Verständigung mit England suchte, noch ist es richtig, daß er ein widerstrebendes Österreich halb gewaltsam zum Krieg gedrängt hätte. Was ihn veranlaßte, mehrfach in Wien zu raschem Losschlagen gegen Serbien zu drängen, war nur die (leider sehr berechtigte) Furcht, die Österreicher würden so lange mit ihrem Vorgehen zögern, bis es dafür endgültig zu spät wäre und damit ihr sinkendes Prestige auf dem Balkan und in Europa, um dessen Erhaltung es doch ging, erst recht ruinieren, aber auch die «Lokalisierung» ihres Konfliktes mit Serbien unmöglich machen. Bethmann Hollwegs Verhängnis war es, daß er so ziemlich alle politischen Machtfaktoren, die damals in Bewegung gerieten, falsch einschätzte; mehr noch: daß er sich durch die militärtechnischen Besorgnisse und Planungen des Generalstabes angesichts der russischen Mobilmachung so stark unter Zeitdruck setzen ließ, daß für politische Ausgleichsverhandlungen, wie sie Sir Edward Grey erstrebte, schließlich keine Zeit mehr blieb. Aber einen europäischen Krieg zu entfesseln und nach der Weltmacht zu greifen — das lag dem gewissenhaften und eher schwerfälligen als aktionsfreudigen Mann in den bangeren Tagen der Julikrise meilenfern. In einem seiner letzten vertraulichen Briefe an den kaiserlichen Kabinettschef von Valentini hat er Ende 1917 geschrieben: der Konflikt mit Ludendorff, der im Juli zu seinem Sturz geführt hatte, sei schließlich nur «ein ganz flüchtiger Ärger». «Was an der Seele nagt, bleibt, daß man diese Weltkatastrophe nicht abzuwenden verstand. Aber darüber können nicht Menschen, sondern nur Gott urteilen». Das ist nicht die Sprache eines Machtmenschen und Welteroberers.

Aber gerade weil er den Ausbruch des Krieges so tief als «Katastrophe» empfand, mag er sich gedrängt gefühlt haben, nach einem «positiven» Kriegsziel Ausschau zu halten, das die ungeheuren Blutopfer und Leiden einigermaßen ausgleichen konnte, die Deutschland nunmehr auszustehen hatte. Von dem ersten Tag des Krieges an hat er sich darüber sehr ernsthafte Gedanken gemacht und sie noch vor der Abreise ins kaiserliche Hauptquartier mit seinem wichtigsten Mitarbeiter Clemens Delbrück, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, besprochen. Wir verdanken unser Wissen darum einem Aktenfaszikel

² «Staatskunst und Kriegshandwerk», Bd. II (1960), Kap. 10. — Der Anteil der Militärs an der Kriegskatastrophe von 1914 in: *Histor. Zeitschr.* 193, 1961. — Eine neue Kriegsschuldthese? Zu Fritz Fischers Buch «Griff nach der Weltmacht», in: *Histor. Zeitschr.* 194, 1962 (Juniheft).

in den Beständen der ehemaligen Reichskanzlei, dessen Entdeckung wohl das größte Verdienst des Fischerschen Buches ist, dessen Inhalt aber auch das Kernstück seiner Anklage gegen Bethmann bildet. Auf dem Höhepunkt deutscher Waffenerfolge, unmittelbar vor dem Umschlag der Marneschlacht, am 9. September 1914, hat der Reichskanzler nach Berlin Weisung gegeben, für die vielleicht nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Frankreich und Belgien Vorbereitungen zu treffen und hat dafür allgemeine Richtlinien festgelegt. An diesen überrascht am meisten der Gedanke, einen «mitteleuropäischen Wirtschaftsbund» zu begründen, der so ziemlich den ganzen Kontinent zu einem gemeinsamen Markt unter deutscher Führung vereinigen und ein europäisches Wirtschaftspotential schaffen sollte, das nicht nur imstande sein würde, den durch den Krieg verursachten Verlust der Weltmärkte auszugleichen, sondern auch der künftigen enormen Entfaltung der überseeischen Wirtschaftsmacht Amerika das Gleichgewicht zu halten. Eine radikale Wendung also vom System der Nationalwirtschaft zu neuartigen, übernationalen Wirtschaftsformen, von der Bethmann und Delbrück voraussahen, daß sie sowohl in der Reichsbürokratie wie in den großen Interessentenverbänden der Wirtschaft auf viel Widerstand stoßen würde. Heute, im Zeitalter der «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft», erscheint dieser «mitteleuropäische Wirtschaftsverband» höchst modern; aber er war von Bethmann nicht so wie heute die EWG als rein freiwillige Interessengemeinschaft gedacht, sondern mehr als Herrschaftsgebiet des führenden Industriestaates, nämlich Deutschlands, dem die andern sich unter dem Eindruck eines deutschen Sieges teils gezwungen, teils freiwillig anschließen sollten, auf die Dauer gewiß zu ihrem ökonomischen Vorteil, zunächst aber doch unter moralisch-politischem Druck und mehr oder weniger unter Preisgabe, beziehungsweise Einschränkung ihrer nationalen Souveränität.

Praktisch folgenreicher als dieser Wirtschaftsplan (den Bethmann anscheinend bereits im Oktober, nach dem Scheitern der großen Marneschlacht, wieder fallen ließ, beziehungsweise stark einschränkte) waren seine Forderungen zur Umgestaltung der europäischen Machtverhältnisse. Er wollte dem besiegten Frankreich so starke Kriegskostenzahlungen auferlegen, daß es «nicht imstande wäre, in den nächsten 15—18 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden», ferner einen Handelsvertrag, «der es in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland brächte, es zu unserem Exportland machte und es ermöglichte, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten». Seine Wirkung sollte verstärkt werden durch die Abtretung des Erzbeckens von Briey, die Deutschland vom schwedischen Erzmonopol befreien und die französische Eisenindustrie von der deutschen Erzlieferung abhängig machen würde. Außerdem sollten gewisse militärisch wichtige Grenzveränderungen vorgenommen werden: etwa Belfort und ein Teil des Westhanges der Vogesen sollte an Deutschland fallen. Vor allem aber sollte das «belgische Tor nach

Frankreich hinein», das wir soeben gewaltsam aufgesprengt hatten, dauernd offen bleiben, und zwar dadurch, daß Belgien die Grenzfestungen Lüttich und Verviers nebst einem Grenzstrich an uns abträte, unter Umständen auch den Hafen Antwerpen, «mit einer Verbindung nach Lüttich», und uns das Besatzungsrecht in militärisch wichtigen Hafenplätzen einräumte. Wirtschaftlich sollte Belgien «zu einer deutschen Provinz» und politisch zwar als eigener Staat wiederhergestellt werden, aber nur als «Vasallenstaat». Dafür sollte ihm Französisch-Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne angegliedert werden. So hoffte Bethmann, eine einfache Annektion des Landes (die ihm höchst unerwünscht war) vermeiden und doch das Land für Deutschland «ungefährlich» machen zu können. Weiterhin erwog er die Möglichkeit eines nicht erzwungenen, aber doch unter Druck abgeschlossenen «Schutz- und Trutzbündnisses» mit Holland, das dessen Kolonien womöglich mit einschloße, und hoffte im Fall des Sieges mit Hilfe der französischen und belgischen Kolonien den alten Traum eines großen, zur Selbstverteidigung fähigen Kolonialreiches in Zentralafrika zu verwirklichen. Endlich wollte er auch den Druck an der Ostfront dadurch erleichtern, daß durch «Befreiung der nichtrussischen Vasallenvölker» des Zarenreiches dieses von der deutschen Grenze weiter nach Osten abgedrängt würde.

Auf den ersten Blick erscheint das alles, wenn man es vom Standpunkt der späteren Ereignisse betrachtet, als ziemlich gewalttätig, und Fischer wird denn auch nicht müde, immer wieder zu versichern, Bethmanns Kriegszielprogramm sei mit dem der alldeutschen Annektionisten «im wesentlichen» identisch, und er habe mit erstaunlicher Konsequenz bis zu seinem Sturz 1917 an den Hauptpunkten festgehalten. Aber es ist die erste Pflicht des Historikers, die Gedankengänge einer historischen Figur zunächst aus der jeweiligen Situation zu deuten, aus ihr zu verstehen und dann erst zu fragen, welche Bedeutung sie im ganzen eines inzwischen abgelaufenen Prozesses gehabt haben. Vergleicht man nun das «Septemberprogramm» Bethmann Hollwegs mit alledem, was in den ersten Kriegsmonaten und -jahren die aufgeregte «öffentliche Meinung» Deutschlands in tausend Zuschriften und Eingaben, auch solchen hoch- und höchstgestellter Persönlichkeiten, an ihn herantrug (nicht nur aus den Kreisen der Alldeutschen), so erscheint er in seinen Forderungen äußerst gemäßigt. Vergleicht man es mit dem, was die Siegermächte von 1919 dem besiegten Deutschland an Kriegslasten und Landabtretungen zumuteten, so erscheint es zwar nicht harmlos, aber doch bescheiden; vor allem fällt auf, daß mit keinem Wort von Entwaffnung Frankreichs die Rede ist. Es ist ein großer Mangel der Darstellung Fischers, daß er so gut wie völlig unterlassen hat, von den wilden Haßgesängen und Kriegszielprogrammen zu reden, die damals in den Deutschland feindlichen Ländern die öffentliche Meinung beherrschten, vollends von den gewaltigen Annektionen, die während des Krieges von den gegnerischen Regierungen nicht bloß geplant, sondern vertraglich festgelegt wurden. (Auch

Golo Mann hat in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 29. April auf diesen Mangel hingewiesen). Aber es kommt hier gar nicht darauf an, den Reichskanzler Bethmann Hollweg gegen ungerechte und übertreibende Kritik zu verteidigen, vielmehr darauf: seine Motive richtig zu verstehen.

Da kann nun am grundsätzlich defensiven, nicht aggressiven Charakter seines Kriegszielprogramms kein Zweifel sein. Wie sah er die Lage Deutschlands in Europa? Seit mindestens einem Jahrzehnt stand die deutsche Politik unter dem lähmenden Druck dessen, was man damals seine diplomatische «Einkreisung» nannte, seit Beginn der neunziger Jahre unter dem fürchterlichen Druck der russisch-französischen Militärallianz, die beide Bündnispartner zu sofortiger gemeinsamer Offensive verpflichtete, sobald einer von ihnen mit dem Zweibund Deutschland-Österreich in Konflikt geriet. Und schließlich seit den siebziger Jahren schon unter der Bedrohung durch die unversöhnliche Feindschaft seines französischen Nachbarn, der nur auf seine Stunde zu warten schien. Eben erst in der Julikrise hatte der deutsche Kanzler es erlebt, wie durch diese verhängnisvollen Spannungen der Balkankonflikt, in dem wir unseren österreichischen Bundesgenossen beizuspringen uns verpflichtet glaubten, unaufhaltsam zu einem Großbrand Europas, für uns zu einem Zweifrontenkrieg mit verkehrter Hauptfront sich auswuchs. War es da so unbegreiflich, wenn er den Wunsch hatte, diesen Ring bedrohlicher Allianzen gewaltsam zu sprengen, Frankreich zunächst einmal für 15—18 Jahre als Militärmacht ersten Ranges auszuschalten, die deutsche Westgrenze militärisch zu verbessern und Rußland durch einen Gürtel von Pufferstaaten «weiter nach Osten abzudrängen»?

Aber hatte er nicht erst am 4. August in feierlicher Rede den Belgiern versprochen, das «Unrecht», das wir ihnen durch unseren Durchmarsch antun würden, sobald als möglich gutzumachen? Daß inzwischen durch gewisse Aktenfunde in Brüssel die Echtheit der belgischen Neutralität zweifelhaft geworden schien (zu Unrecht, wie wir heute wissen), wird Bethmann Hollweg wohl kaum in seinen Entschlüssen bestimmt haben. Er war sich aber klar darüber (und hat es später offen ausgesprochen), daß alles, was in den ersten Kriegswochen nun einmal in Belgien geschehen war, die Bevölkerung dieses Landes und ihre Regierung zu unseren unversöhnlichen Feinden gemacht hatte. Er glaubte sicher zu sein, daß nach dem Krieg von einfacher Wiederherstellung der belgischen Neutralität keine Rede mehr sein konnte. Die Belgier würden das Risiko einer so schlecht geschützten Neutralität nicht ein zweites Mal laufen wollen; das heißt sie würden sich (offen oder getarnt) als Alliierte mit den Westmächten gegen Deutschland verbünden. Dann aber würde, im Falle eines neuen Konfliktes, der Vormarsch feindlicher Heere nicht mehr an der belgisch-französischen Grenze, sondern etwa bei Aachen, in nächster Nähe des niederrheinischen Industriegebietes, wieder beginnen. Dagegen glaubte man sich auf deutscher Seite unter allen Umständen sichern zu müssen. Und so erklärt sich, aus rein militärpolitischen Erwägungen, die von

Bethmann erhobene — und in der Tat mit großer Zähigkeit festgehaltene — Forderung nach irgendwelchen «Sicherungen» und «Garantien» dafür, daß Belgien künftig nicht Aufmarschgebiet und politisches Werkzeug der Westmächte werden dürfte. Wie das geschehen könnte, ohne die deutsche Politik mit einer direkten Eroberung und Einverleibung des Landes (die nach Bethmanns Meinung nur ein großes Unglück für uns wäre) zu belasten, darüber war er sich dauernd im unklaren. «Belgien ist ein schauderhaftes Problem», schrieb er am 10. November 1916 in einem vertraulichen, mir aus dem Nachlaß zur Kenntnis gebrachten Brief an den württembergischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Weizsäcker; «man kann unter allen Lösungen nur noch die suchen, die noch am wenigsten schlecht ist.» Als er am 6. Dezember im «Hauptquartier Oberost» bei Hindenburg zu Gast war, sagte ihm der kluge Chef der Operationsabteilung im dortigen Generalstab, General Hoffmann, wenn er jemals Frieden mit England machen wolle, müsse er jetzt schon öffentlich erklären, daß Deutschland auf jeden Fußbreit belgischen Bodens verzichte. Bethmann, völlig verblüfft, erwiderte ihm: «Sie sind der erste Soldat, von dem ich diese Ansicht höre. Ich bin durchaus Ihrer Meinung. Wenn ich das aber in Berlin im Reichstag aussprechen wollte, würde mich der Sturm der öffentlichen Meinung von meinem Platz hinwegfegen.» So war es in der Tat. Aber drei Wochen später erklärte ihm eine vom Auswärtigen Amt und Reichsamt des Innern gemeinsam ausgearbeitete, auf sorgfältigen Studien beruhende Denkschrift, wirklich wirksame politische, wirtschaftliche und militärische «Garantien» für Belgiens künftiges Wohlverhalten wären nur dann zu haben, wenn man das Land in einen so unerträglichen Zustand der Vasallität versetze, daß dann schon die Aufnahme ins Deutsche Reich als humaner erscheinen würde.

Bethmann Hollweg hat sich auch dadurch nicht abschrecken lassen, nach einer neuen Möglichkeit von «Garantien» ohne Annexion zu suchen und alle möglichen Experten danach gefragt. Aber sein Zögern bewirkte nur, daß seine ganze Politik immer mehr in den Ruf der Zweideutigkeit, der Unsicherheit, des Schwankens und also der Unzuverlässigkeit geriet — ein Ruf, der ihm im Juli 1917 zum Verhängnis geworden ist.

Wird man nicht überhaupt urteilen müssen, daß seinem Kriegszielprogramm von vornherein die rechte staatsmännische Weisheit fehlte? Der echte Staatsmann denkt schon mitten im Kampf an eine Neuordnung der Machtverhältnisse nach dem Kriege, die Dauerhaftigkeit verspricht, weil sie letztlich allen am Kampf und Friedensschluß Beteiligten zum mindesten als tragbar, als angemessen den tatsächlichen Machtverhältnissen und den wahren Lebensbedürfnissen der Völker erscheint. In diesem Sinn kann man Bismarcks berühmten Friedensschluß von 1866 allen Macht- und Wunschträumen aufgeregter Nationalisten des ersten Weltkriegs (auch derer von Versailles) entgegenstellen. Aber wer das tut, würde ungerecht handeln, wenn er nicht den abgrund-

tiefen Wandel der Zeiten mit in Anschlag brächte: vom Kabinettskrieg des Jahres 1866 zum totalitären Volkskrieg von 1914—1918. Ohne Zweifel: Vertreter einer ungetrübten «Staatsvernunft» ist der Kanzler Bethmann Hollweg nicht gewesen. Weder war er imstande, sich selbst völlig unberührt zu erhalten von dem mächtigen Sturm nationalistischer Leidenschaften seines Volkes, noch diesem Ansturm mit letzter Kraft und Entschiedenheit zu widerstehen, als er Deutschland direkt ins Verderben zu reißen drohte: als es um den unbeschränkten U-Boot-Krieg ging, den die Oberste Heeresleitung, die Marine, der Kaiser und so ziemlich sämtliche Parteien des Reichstags leidenschaftlich von ihm forderten. Immerhin hat er diese Forderung zweimal (1915 und 1916) mit Erfolg abgewehrt und hat ihr erst im Januar 1917 nachgegeben, als Hindenburg und Ludendorff unzweideutig erklärten, andernfalls sei der Krieg nicht mehr zu gewinnen, und der Kanzler trüge dann die Verantwortung dafür. An seiner Verantwortung hat er von Anfang an schwer getragen, und das Maß seiner Kraft war schließlich begrenzt. Zum Führer der Nation im höchsten Sinn war er nicht geschaffen.

Aber ein hemmungsloser Imperialist oder ein «Militarist» im Sinne Ludendorffs ist er erst recht nicht gewesen. Ich muß hier darauf verzichten, die endlose Kette recht eintöniger Aktenauszüge im einzelnen zu verfolgen, mit denen Fischer seine Fehlkonstruktion unterbaut. Es scheint mir genug, mit ein paar Kostproben abzuschließen, aus denen hervorgeht, wie sehr es die Voreingenommenheit des Autors diesem erschwert, klare Quellenzeugnisse richtig zu lesen und auszuwerten.

Wer ihn liest, muß glauben, in den hohen Reichs- und Staatsämtern sei der «Annektionismus» so gut wie allgemein zu Hause gewesen. Daß der Kolonialstaatssekretär Solf schon im August und dann wieder im September 1914 das Auswärtige Amt ganz entschieden davor gewarnt hat, mit Tönen der Entrüstung ebenso wie des Spottes, wird von Fischer (S. 110) mit dem Nebensatz abgetan, Solf habe seine großen Kolonialprojekte in Afrika (die ausführlich geschildert werden), als «Ablenkung» der Nation von großen Annektionszielen in Europa gedacht. — Eine große Denkschrift des preußischen Innenministers v. Loebell vom 29. Oktober ist ganz erfüllt von Empörung über die «blumenreichen Phantasmagorien» der «unpolitischen Phantasten und Feuilletonisten», die sich berufen glauben, jetzt die Karte Europas neu aufzuteilen. Der Sinn dieser Denkschrift ist: dringende Warnung vor allen großen Eroberungsplänen in Rußland, besonders in Polen. Fischer zitiert sie (S. 126) mit den Worten: ihr Verfasser habe sich darin «auf entschiedene Weise zu Gunsten weitgehender Annektionen im Osten geäußert». — Am 8. Dezember hält Bethmann mit den als alldeutsch bekannten Wortführern der deutschen Industrieverbände, Stresemann und Rütger, eine Besprechung ab, um nach Möglichkeit ihre Agitation für Eroberungsziele abzdämpfen und ihnen seine eigene Politik einigermaßen plausibel zu machen. In dieser Besprechung, von der ein

Protokoll Stresemanns überliefert ist, beklagt er das Schicksal Frankreichs, das unser tapferster und edelster Gegner sei und nun doch zuletzt «die Zeche allein bezahlen müsse», da weder von Rußland noch von England Kriegsentschädigungen zu erwarten wären. Ginge es nach ihm, so möchte er am liebsten keinen Quadratmeter französischen Bodens haben; sollten die Generäle auf einer Verbesserung unserer Vogesengrenze bestehen, so «sei er bereit, um das weniger verletzend für Frankreich zu machen, die Form eines Tausches gegen das südliche Belgien anzubieten». Im Verlauf des Gesprächs äußert er auch (aus naheliegenden Gründen und nach Art solcher Unterhaltungen), «im großen und ganzen gingen unsere (der Gesprächspartner) Ansichten nicht sehr weit auseinander». Fischer berichtet von dem ganzen Vorgang nur diesen einen Satz, kommt aber mehrfach (S. 117, 192, 226) darauf zurück mit der Behauptung, der Kanzler habe also selbst die «weitgehende Identität» seiner Kriegsziele mit denen der Alldeutschen bestätigt. — Noch seltsamer ist eine andere Quellen-
deutung. Im Winter 1915/16 verhandelt der bayrische Graf Törring, Schwager des belgischen Königs Albert, insgeheim mit einem belgischen Mittelsmann über die Möglichkeit, durch König Albert zu einem Sonderfrieden mit Belgien zu kommen. Dabei wird unter anderm der seltsame Vorschlag erörtert, der König möge sich der deutschen Besatzungsbehörde gefangen geben, um aus den Händen der Alliierten zu entkommen — natürlich mit völlig negativem Ergebnis. Fischer unterstellt, dieser Vorschlag sei «offenbar im Auftrag der Reichsregierung» erfolgt und beweise die «Irrealität» ihrer Politik. Beweis: das Wort «schade», das Bethmann an den Rand eines provisorischen Berichts über das Scheitern der Verhandlungen gesetzt hatte. Aber in dem endgültigen Bericht des Grafen (der sich auf den nächsten Aktenseiten findet) wird deutlich gesagt, wer nach der Vermutung des belgischen Unterhändlers hinter der ganzen Intrige steckt: Père Hennox, ein belgischer Jesuit und Feldprediger, angeblich Werkzeug des Kardinals Mercier, der wie andere belgische «Extreme» den König politisch kompromittieren möchte.

Geht es nach diesen Proben zu weit, wenn ich den Lesern des Fischerschen Buches dringend rate, auch die scheinbar überwältigendsten Quellenbeweise für den «hegemonialen» Charakter der Kriegspolitik Bethmann Hollwegs cum grano salis zu lesen? Daß eine Politik der «Sicherung» und «Garantien» immer in Gefahr ist, unversehens in Eroberungspolitik umzuschlagen, versteht sich von selbst. Aber mit Klischeebildern und Generalisationen läßt sich kein wahres Geschichtsbild zeichnen, und zum kritischen Urteilen des Historikers gehört auch ein Stück Liebe hinzu: die Liebe des Verstehenwollens.